

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 66 (1986)  
**Heft:** 3

**Rubrik:** Blickpunkte

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Einäugige Parlamentarierschelte

Kürzlich hat der Präsident des schweizerischen Landesrings das «Kartell der Regierungsparteien» aufs Korn genommen und ihm rundweg die Fähigkeit abgesprochen, Probleme wirklich zu lösen. Dergleichen Äusserungen sind von dieser Seite keine Seltenheit. Parteien solcher Art profilieren sich ja naturgemäß vor allem dadurch, dass sie sich an den «Etablierten» reiben. Diesmal allerdings bekam Nationalrat Franz Jaeger bei seinem rhetorischen Feuerwerk ungewohnten Flankenschutz.

Hans Tschäni, ein sachlicher Altmüster der innenpolitischen Publizistik und angesehener Verfasser verschiedener staatsbürgerlicher Werke, doppelte im «*Tages-Anzeiger*» unvermittelt nach und exemplifizierte am Beispiel der Nationalratsdebatte über das Aktienrecht, warum sich ihm zuweilen der Eindruck aufdränge, «*es sei ein verschworener Block von Politikern am Werk, der sich weder um die Volksmeinung kümmere, noch nach dem Gewicht der Sachargumente, sondern sich blindlings nach jenem des Interessenfilzes richte*». Dass er im gleichen Atemzug auch auf die Entscheide beim Nationalstrassenbau verwies, war bei diesem Ansatz seiner «Parlamentarierschelte» nur folgerichtig.

Es ist nicht einfach, ein solches Pauschalurteil im Rahmen eines Kurzkommentars richtig zu gewichten. Versuchen wir es trotzdem, weil seine Ziel-

richtung einem Grundmuster entspricht, das in letzter Zeit immer häufiger aufscheint: die Neigung nämlich, politischen Körperschaften auf Grund eines einzelnen unwillkommenen Entscheids sozusagen den Prozess zu machen. Sie zeigt sich zunächst einmal immer dann, wenn ein Thema emotional besonders «aufgeladen» ist. So müssen gegenwärtig jene Parteien, deren statutarische Gremien sich für eine Ja-Parole zum UNO-Beitritt ausgesprochen haben, besonders viele Protestschreiben von enttäuschten Mitgliedern entgegennehmen – etwa in der Tonart «*Das hat gerade noch gefehlt*». Ähnliche Stimmen erheben sich im Zusammenhang mit dem Asylanten-Problem. Den einen sind die Bundesratsfraktionen zu weich, die andern – vor allem jüngere Parteimitglieder – zeigen sich erstaunt bis enttäuscht angesichts der Gefahr, dass die «offizielle Schweiz» vom traditionellen Kurs der offenen Tür gegenüber Flüchtlingen abzuweichen drohe. Es ist dabei nicht einfach, Verständnis zu finden für eine politische Linie, die sowohl den aussenpolitischen Grundsätzen wie den praktischen Problemen des Vollzugs Rechnung zu tragen sucht.

Etwas anders liegt der Fall des Aktienrechts, wie übrigens auch jener der umstrittenen Vorlage zum «Doppelten Ja». Wenn Tschäni in diesem Zusammenhang von missachteter Volksmeinung spricht, so hat er wohl weniger

den «Mann von der Strasse», als vielmehr das, was als «veröffentlichte Meinung» definiert zu werden pflegt, vor Augen. Beim «Doppelten Ja» etwa stand man als Parlamentarier unter dem Eindruck, bei der überwältigenden Mehrheit der Medienleute schon zum vornherein «abgeschrieben» zu sein, wenn man wagte, sachliche Einwände gegen den Lösungsvorschlag des Bundesrates vorzubringen.

Beim Aktienrecht seinerseits war man – wie übrigens zuvor schon beim Kartellrecht – recht erstaunt, wie viele «Spezialisten» es in der Medienlandschaft plötzlich gab. Dabei erweist es sich doch wohl immer deutlicher, dass wir in der Gesetzgebung zu Wirtschaftsfragen in steigendem Masse in ein Dilemma grundsätzlicher Art hineingeraten: Wir bewegen uns laufend in Zonen, die eigentlich eine möglichst geringe Regelungsdichte aufweisen sollten, bei denen aber einzelne «Sonderfälle» die ordnende Hand des Staates auf den Plan rufen und damit zu einem gesetzgeberischen Perfektionismus verleiten, der die an sich unbestrittenenmassen möglichst gross zu haltenden Freiräume mit einem dichten, all-

zu oft auf allzu vagen Begriffen abgestützten Regelwerk überzieht und damit letzten Endes kontraproduktiv zu wirken droht. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass weite Teile des Volkes dieses grundsätzliche Problem erkannt haben und auch an der Urne entsprechend reagieren. Schon deshalb erscheint es als etwas billig, gleich von «Interessenfilz» zu reden, wenn auch das Parlament neuerdings sensibler auf solche Zusammenhänge reagiert.

Im übrigen war es hierzulande bisher gute Tradition, politische Einzelentscheide zwar ernst zu nehmen, sie aber trotzdem nicht dauernd zu nationalen «Schicksalsfragen» hochzustilisieren und dabei in extremer Schwarzweiss-Malerei kurzerhand und endgültig die Schafe von den Böcken zu trennen. Unser politisches System lebt im Kern von der Überzeugung, dass wir immer aufs neue konsensfähige Lösungen mit möglichst breiter Abstützung erarbeiten müssen. Das aber schliesst die Notwendigkeit der Globalvermutung in sich, dass der Andere und Andersdenkende nicht zum vornherein und in jedem Falle völlig unrecht habe.

*Richard Reich*

## Technologietransfer – ein zweischneidiges Schwert

Wer Gedanken zum Technologietransfer anstellt, muss vier Problemfelder miteinander verknüpfen:

1. Zwischen den Industrieländern besteht ein Technologiegefälle, das sich in einem unterschiedlichen Know-how in bezug auf die Gestaltung der

Produktionsprozesse und einzelner Produkte darstellt.

2. Ein freier Aussenhandel hat die Tendenz, technologisch bedingte Unterschiede auszugleichen; die einzelnen Aussenhandelsinstrumente – Waren, Lizzenzen, Joint-Ventures usw. – sind

allerdings nicht in gleicher Weise geeignet, technologisches Wissen über die Grenzen zu transportieren.

3. Der technologische Stand eines Landes ist für seine internationale Wettbewerbsfähigkeit von entscheidender Bedeutung. Kein Wunder also, dass Länder, die einen Rückstand aufweisen, darnach trachten, diesen entweder mit eigenen Anstrengungen oder eben über den Aussenhandel zu überwinden.

4. In einer Welt voller *Spannungen*, die von einem im eigentlichen Sinne des Wortes globalen West-Ost-Konflikt überlagert werden, nimmt die Beschaffung von Technologie über den Aussenhandel die Qualität eines *Politikums* an.

Soll immer und stets der Technologietransfer über die Kanäle des Aussenhandels zugelassen werden? Soll das Prinzip des Freihandels über allem stehen? Diese Frage war im Laufe der Nachkriegszeit heiss *umstritten*. Und sie führte zur Einsetzung einer Institution, dem Cocom (Paris), die den Auftrag hat, den West-Ost-Handel nach Kriterien des Technologiegehalts der einzelnen Transaktion zu filtrieren. Eigentlich ist das Cocom eine «Non-organisation», ohne Statuten und ohne völkerrechtlichen Status, «einfach» ein Gebilde, das den Zweck verfolgt, die divergierenden nationalen Interessen der am Osthändel beteiligten westlichen Nationen auf einen Nenner zu bringen. Das gelingt mehr schlecht als recht. Und spektakuläre Fälle zeigen immer wieder, dass die Versuchung einzelner Firmen, mit dem Osten das «grosse» Technologiege-

schäft zu machen, bisweilen unwiderstehlich ist. Dies wiederum veranlasst dann die Amerikaner, ihre Kontrollvorstellungen auch ausserhalb den USA durchzusetzen. Wer sich nicht fügt, wird vom amerikanischen Technologiestrom abgehängt oder zumindest mit dieser Sanktion bedroht. Die Betroffenen nennen dies dann «amerikanischen Imperialismus». Die Österreicher beispielsweise können von diesem Spiel ein Liedchen singen.

Diese Situation lehrt, dass der internationale Handel nicht aus dem Schwerefeld der *Politik* herauszulösen ist. «Business as usual» ist eine Zweckposition, die der Realität dieser Welt nicht standhält. Solange der West-Ost-Konflikt das globale politische Spannungsfeld beherrscht, kann die freie Welt, die auf fast allen Gebieten technologisch überlegen ist, gewiss *kein* Interesse daran haben, die Sowjetunion in ihren Anstrengungen, über eine Stärkung ihrer wirtschaftlichen Fundamente auch die politische Position zu zementieren, zu unterstützen. Abgesehen davon, dass die Fähigkeit, qualitativ hochstehende Produkte herstellen zu können, nicht nur einen zivilen Aspekt hat. Diese Einsicht schwebt über den Niederungen einzeln-wirtschaftlicher Prioritäten. Deshalb braucht es offenbar eine international einigermassen wirksame Kontrolle der Aussenhandelsströme. Die Tatsache, dass die Sowjetunion die Cocom-Politik immer wieder in Grund und Boden verdammt, deutet darauf hin, dass sie trotz aller Mängel beissst und schmerzt.

*Willy Linder*

## «Throne bersten . . .»

Symmetrie ist bequem; der Fluch «*Die Pest über eure beiden Häuser*» gibt dem, der ihn ausspricht, ein angenehmes Gefühl des abgeklärten Darüberstehens. Der Betreffende lässt sich nicht von Ideologien und Schablonen einlullen, durchschaut Scheinbegründungen und Scheinheiligkeit. Die Russen in Kabul, die Yankees in Grenada – wo ist der Unterschied? Auch von stockkonservativen Europäern ist solches zu hören. Auf der andern Seite ist es eher der Ruf nach «*Auflösung der Militärbündnisse*», «*Ende der Blöcke*», «*Abzug der beiden Supermächte aus West-, bzw. Osteuropa*».

Es waren Europäer, allen voran die Franzosen, die nach der Allianz mit den Vereinigten Staaten gerufen hatten. Die Osteuropäer hingegen hatten – mit Ausnahme der Tschechoslowakei – von sich aus nicht nach der Schutzmacht Sowjetunion gerufen. In allen anderen Fällen waren es von Moskau eingesetzte Regierungen, die das taten, und die für ihre eigene Dauer diese Schutzmacht auch brauchten. Jugoslawien hatte sein kommunistisches Regime ohne diese Hilfe geschaffen, es entzog sich eben deshalb der Gängelung.

Der Unterschied, richtiger: Gegensatz, zeigte sich in den Wendepunkten. Als General de Gaulle der NATO kündigte, zog das keine Repressalien nach sich – schon die Vorstellung ist abwegig – während Ungarns Wunsch nach Neutralität und der Verdacht, dass die Tschechoslowakei einen solchen ausdrücken könnte, zum Einmarsch der Schutzmacht führte.

Die Ansicht ist weitverbreitet, dass

konservative Regierungen in ihrem Einflussbereich Diktaturen der Militärs oder der Oligarchie unterstützen, schon aus Angst vor revolutionären Erschütterungen.

In der Tat wurde Präsident Carter von der Rechten vorgeworfen, dass er den Schah nicht mit allen Mitteln unterstützt habe; sei doch auf sein dem Westen wohlgesinntes Regime die radikale Diktatur der Mullahs gefolgt. Der Sturz des Schahs bewies aber vor allem, dass die USA in vielen Fällen Regimes, die ihnen genehm sind, gar nicht halten können und bestätigte die Lehren des Vietnamkrieges.

Für die amerikanische Unterstützung reaktionärer und zugleich abhängiger Regimes, nicht nur in Mittel- und Südamerika, zeugte die lange Dauer erblicher Diktaturen von Somoza bis Duvalier, wie auch Interventionen in Guatemala, in San Domingo und im Iran, die amerikanische Rolle beim Sturz Mossadeghs. Es gibt also genug Gründe, in der Aussenpolitik der USA imperiale, ideologische und auch wirtschaftliche Motive zu finden, um Demokratisierung zu bremsen.

Dennoch ist heute die Vorstellung, dass konservative westliche Mächte jeweils Rechtsdiktaturen stützen, überholt. Da ist die böse Margaret Thatcher, die noch veralteten Träumen von imperialer Grösse nachhängt und frivol einen Krieg für ein paar Tausend Siedler der Falklandinseln vom Zaun gebrochen habe. Dass aber ohne ihren Entschluss Argentinien die Junta nicht losgeworden wäre, wann liest man das? Nicht in England, weil die Befreiung Argentiniens von der Gewalt-

herrschaft nicht das Kriegsziel gewesen ist; nicht in Argentinien, weil man vorzieht, sich selber zu glorifizieren, aber auch nicht bei den Unbeteiligten. Dabei gelten Churchill, Roosevelt, Stalin als «Befreier vom Faschismus», obwohl sie gegen Invasion, gegen Expansion und nie gegen bestimmte Regimes als solche gekämpft haben . . .

In Südeuropa sind die Rechtsdiktaturen untergegangen, auch die griechische, die der Einwirkung der Amerikaner angelastet wurde. In der Türkei ist die Lockerung der Militärdiktatur festzustellen, in Südkorea die grössere Bewegungsfreiheit der Opposition. Nicht nur verlieren die gar zu peinlichen Diktaturen in Haiti und – wahrscheinlich! – auf den Philippinen die amerikanische Unterstützung, sondern darüber hinaus hat die Demokratie in Lateinamerika Terrain gewonnen: in Venezuela, in Peru, in Uruguay, in Brasilien. Die Schriftsteller Mario Vargas Llosa aus Lima und Octavio Paz aus Mexiko weisen auf diese Fortschritte hin, ohne in Westeuropa viel Echo zu finden.

Diese Gewinne der Demokratie haben in der Amtszeit Ronald Reagans stattgefunden und nicht in derjenigen Jimmy Carters, der sich – deshalb umstritten – ausdrücklich für Menschenrechte eingesetzt hatte. Dass Demokratisierung Terrorismus auf den Plan ruft, wird niemand verkennen. Es gilt für Salvador, wo sich jedoch die Wähler nicht einschüchtern liessen, wie für Peru, wo die Massaker des «Sendero luminoso» nach dem Ende der Militärdiktatur begonnen haben – und andauern.

Mag man diesen Wandel der engeren Grenzen amerikanischer

Macht oder der neuen Einsicht zuschreiben – Ergebnisse zählen mehr als An- und Absichten. Die keineswegs reaganfreudliche Presse der Ostküste lobt in diesem Fall den Präsidenten. Der Gratismut hiesiger Schauspieler und Schriftsteller, die einander in der Beschimpfung Reagans übertrumpfen, läuft ins Leere. Doch da kommt die Antwort: Nicaragua! Unterstützt Reagan nicht die «Contras» die ein volkstümliches, aus einer Revolution hervorgegangenes Regime mit Gewaltmethoden stürzen wollen? Jüngst haben sich in New York bekannte Schriftsteller aus West und Ost zusammengefunden, um gegen diesen Druck zu protestieren, doch diejenigen aus Staaten des Ostblocks – nur sie! – haben gleichzeitig gegen die Missachtung der Bürgerrechte und der Meinungsfreiheit in Nicaragua protestiert, die dem Kriegszustand vorausgegangen sei und die viele Gegner Somozas in die Opposition getrieben hat. Das ist ein Regime, das nach Erklärungen der Verantwortlichen keine durch Wahlen bestimmte Alternativen in Betracht zieht und entschlossen ist, sich zu perpetuieren. Doch ist hier die Lage nicht klar genug, um eindeutige oder gar einseitige Urteile zu fällen.

Es bleibt festzustellen, dass mit Ausnahme von Paraguay, Kuba und Nicaragua Mittel- und Südamerika heute mehr Demokratien zählt als je zuvor. Ob diese Demokratien haltbar sind, kann niemand voraussagen. Doch ist es so, dass viele unter amerikanischem Einfluss befindlichen Staaten sich von der Diktatur zur Demokratie wandeln, während in Osteuropa die entsprechenden Wünsche nicht durchdringen.

*François Bondy*

## Beuys und Banausen

Zeitungslektüre im Januar: Joseph Beuys, der weltberühmte Künstler und Küber, ist gestorben. Zeitungen und Zeitschriften bringen Nachrufe, Erinnerungen, Würdigungen, aus denen vorerst nur eines hervorgeht: dieser Anreger, mit dem viel Kult getrieben wurde und der sich nur zu gern des nie erlahmenden Interesses der Medien als sein eigener Messias bediente, der Mann mit Filzhut und Weste, der einer vom breiten Publikum nicht verstandenen Avantgarde beträchtlichen Unterhaltungswert zu verschaffen wusste, war möglicherweise ganz anders als sein eifrig gepflegtes Image. Es kann sein, dass sein berühmter «Schlitten, 1969», seine Filzstapel und Fettecken, seine «Honigpumpe», an der er noch kurz vor seinem Tod gearbeitet hat, als Reste und Relikte (dem Kult entspräche: «Reliquien») seiner medienwirksamen Auftritte vereinsamen werden. Und es kann sein, dass seine Zeichnungen schliesslich mehr für ihn zeugen werden als seine Selbstinszenierungen, die jetzt der Vergangenheit angehören. Er hat wie kaum ein anderer störend gewirkt, hat Verwirrung gestiftet und damit den Zustand verdeutlicht, in dem sich die Kultur der Gegenwart befindet. In den Nachrufen der Kollegen und Kunstvermittler ist noch zu erkennen, wie schwer sich mancher tut, seine Ratlosigkeit zu verborgen und Kompetenz zu mimen. Tröstlich immerhin, dass es auch die Stimmen derer gibt, die ihre Schwierigkeiten mit Joseph Beuys und seinem Schaffen ungescheut aussprechen und gar zur offenen Frage erklären, ob dies

nun «ein grosser Künstler» oder eher ein unübersehbarer, für das zeitgenössische künstlerische Bewusstsein wichtiger Störfaktor war. Der Tod, so erinnert sich einer des Wortes von Karl Kraus, könne kein Grund sein, über einen Menschen Böses zu sagen, aber ein Zwang zum Gegenteil sei er gerade auch nicht. Weil einer gestorben sei, sei es durchaus nicht notwendig, dass die Überlebenden zu lügen anfangen.

\*

Zeitungslektüre, auch im Januar: In der Schweiz beharrt ein Komitee mit knappem Mehrheitsentscheid darauf, die Kulturinitiative nicht zugunsten des Gegenvorschlags zurückzuziehen. Die Initiative will den Bund zu verfassungsmässig verankerten Subventionen an Kulturschaffende verpflichten, während der Gegenvorschlag sich darauf beschränkt, dem Bund die Kompetenz einzuräumen, kulturpolitische und kulturfördernde Massnahmen zu ergreifen. Wenn sich das Komitee nicht mehr zu einer Korrektur seines Beschlusses durchringt, wäre der negative Ausgang der Volksabstimmung über einen Kulturartikel in der Bundesverfassung von Vertretern der Kulturschaffenden selbst zu verantworten. Denn die Gegner eines kulturpolitischen Engagements des Bundes hätten es nun mit einem geteilten Lager von Befürwortern zu tun: mit Anhängern des Initiativtextes und solchen, die dem Gegenvorschlag den Vorzug geben, aus gewichtigen, auch von der Sache her gerechtfertigten Erwägun-

gen. Falls sich die Unbeweglichen im Komitee etwa darauf hinausreden möchten, sie seien dem Auftrag verpflichtet, den ihnen die 120 000 Unterzeichner der Initiative erteilt hätten, so ist das wahrscheinlich eine Verkenntung von Tatsachen. Muss denn daran erinnert werden, wie harzig die Unterschriftensammlung war? Dass die Initiative überhaupt zustandekam, verdankt sie zum Teil auch jenen Unterzeichnern, die niemals ihren Wortlaut, aber mit Hilfe dieses Vorstosses einen Kulturartikel in der Bundesverfassung erreichen wollten. Man kann gewiss verschiedener Meinung darüber sein, ob der Gegenvorschlag des Parlaments wesentlichen Postulaten der Initianten entgegenkomme und daher einen Rückzug der Initiative rechtfertige. Aber Flexibilität und Verhandlungsbereitschaft waren schon vorher auf Seiten des Komitees spärlich genug. Die Parlamentarier, die den Kompromiss suchten, sahen sich zurückgewiesen. Dabei ist nicht einmal sicher, dass die Verfechter des harten Kurses die volle Rückendeckung der Organisationen und Institutionen haben, die sie zu vertreten behaupten.

\*

Die Zeitungsnachrichten über die mühsame Entscheidungsfindung in einem nicht gerade weltbewegenden Geschäft eidgenössischer Innenpolitik haben natürlich nicht das geringste mit dem weltweiten Aufsehen zu tun, das der Tod von Joseph Beuys gefunden hat. Aber das zeitliche Zusammentreffen einer Manifestation kulturpolitischen Starrsinns mit dem Echo auf den Hinschied des grossen Schamanen der antiästhetischen Kunst erhellt im-

merhin die Problematik, in der das eine wie das andere steht. Schliesslich machen die Nachrufe auf Beuys deutlich, wie unübersichtlich, wie fliessend und wie kontrovers die Meinungen über Kunst und Kultur der Gegenwart sind. Für die Demokratie bedeutet das: Kulturpolitik der öffentlichen Hand muss mit dem Faktum rechnen, dass eine Mehrheit vermutlich Widerstand leistet gegen alles, was in ihrer Sicht als unverständliches, spektakuläres und spinniges Happening erscheint. Aber verfehlt wäre wohl auch, dieser mutmasslichen Mehrheit darum pauschal Blindheit für Kulturelles vorzuwerfen. Es ist leider in der allzu spärlichen Kulturdebatte, die zwei- oder dreimal im Zusammenhang mit der Behandlung der Kulturinitiative aufgeflackert ist, von Seiten der Künstler unter den Initianten etwas vorschnell behauptet worden, in der reichen Schweiz habe man für Kultur kein Gehör und folglich kein Geld. Vorurteilslose Bestandsaufnahmen all dessen, was in Gemeinden, Kantonen und Bund (durch Pro Helvetia und Bundesamt), aber auch von privaten Mäzenen, von Stiftungen und Einzelpersonen für Kunst, Literatur, Musik und Wissenschaft aufgewendet wird, sprechen da eine andere Sprache. Es ist gewiss nicht genug, besonders nicht im Hinblick auf das Schaffen der Gegenwart. Aber das genau hängt damit zusammen, dass das Klima nicht optimal ist. Es gibt das Misstrauen und den Verdacht, der gute Wille werde vielleicht auch missbraucht. Es ist die Unsicherheit, ja die totale Verunsicherung über den Zustand auf den Feldern der freien Kreativität, die den Bürger immer wieder auch zurückhaltend macht. Damit muss gerechnet werden, es ist verständ-

lich und berechtigt niemand zu Vorwürfen.

\*

Zu denken, die Hauptsache sei in dieser Lage doch, den Bund durch Verfassungsrecht zu verpflichten, einen festen Budgetposten zur Förderung der Kunstproduzenten und Kulturschaffenden zu führen, ist kurzsichtig. An Geld würde es kaum fehlen, wenn eine Mehrheit der Bürger Sinn und Zusammenhang in den kreativen Aktivitäten besser erkennen könnte. Daran muss gearbeitet werden. Hier stellen sich Aufgaben, und sie liegen vorwiegend auf Gebieten wie Erziehung, Information, Kritik und Auseinandersetzung. Joseph Beuys lehrte seine Schüler und eine breite Öffentlichkeit, jeder sei selbst ein Künstler. Er plädierte in der Bundesrepublik für die direkte Demokratie und sagte, woran er arbeite, das sei die «soziale Plastik»: eine menschlichere Welt. Die Botschaft ist hörenswert. Ob sie den armen Banausen nicht

trotzdem ratlos lässt, darf angesichts der Objekte gefragt werden, die der «Leonardo aus Filz und Fett» hinterlassen hat (was zwischen Anführungszeichen steht, ist der Titel eines Nachrufs).

In der Öffentlichkeit hat die Kulturinitiative bis jetzt keinen Widerhall gefunden, aber es wird auch nicht bestritten, dass berechtigte Postulate bestehen, wie den Kulturschaffenden günstigere Bedingungen gerade auch durch Massnahmen des Bundes gewährt werden könnten. Diese Postulate erstrecken sich von der Sozialversicherung bis zu konkreten, im Interesse der Allgemeinheit stehenden Projekten, und ohne Zweifel ist es auch ein Verdienst der Initiative, dass sie formuliert worden sind. Weil das doppelte Ja bei Abstimmungen mit Gegenvorschlag noch nicht möglich ist (nicht rechtzeitig jedenfalls), sind aber die Chancen äusserst gering, dass sich da nun etwas bewegen wird.

*Anton Krättli*

---

*Im Geist mancher Kritiken und Beschreibungen von Kunstwerken trifft man helle Spuren. Es gehört ein Kopf dazu, in dem sich poetischer Geist und philosophischer Geist in ihrer ganzen Fülle durchdrungen haben.*

*Novalis*